



Ex-Geheimdienstoffizier Perković (r.), Verfahrensbeteiligte vor Gericht in München

## Die Killer vom Balkan

**Geheimdienste** Jugoslawische Agenten jagten in Deutschland kroatische Separatisten. Jetzt enthüllt ein Prozess, wie die damalige Bundesregierung die Mordkommandos schonte.

Der Tote lag im Fremdenzimmer Nr. 8 der Pension Klosterschänke. Sein Mörder hatte ihn im Schlaf überrascht – und in der Nacht zum 9. März 1972 mit zwei Genickschüssen getötet. Neben der Leiche, auf dem Nachttisch, lag eine angebrochene Schachtel Camel-Zigaretten. Die Polizei entdeckte eine Pistole der Marke Astra, Kaliber 7,65 Millimeter, sowie drei Reisepässe, jeder auf einen anderen Namen ausgestellt.

Angemeldet hatte sich der rätselhafte Pensionsgast im baden-württembergischen Wiesloch als „Hermann Schick“. Seine wahre Identität konnte das Bundeskriminalamt erst klären, nachdem es seine Fingerabdrücke untersucht hatte. Der Tote wurde als Josip Senić identifiziert.

Der Polizei war er bestens bekannt: als Rädelführer einer Untergrundtruppe, die in Jugoslawien einen Aufstand anzetteln wollte. Senić fungierte als „maßgeblicher Führer“ der „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft“, heißt es in einem Vermerk

der Fahnder. Bei der Bluttat von Wiesloch handle es sich offenbar „um einen bedeutenden politischen Mord“.

Aber der Täter wurde nicht gefasst, der Fall mit dem Aktenzeichen 20 Js 1527/72 blieb ungelöst – so wie viele andere Verbrechen unter Jugoslawen: Von 1962 bis 1977 zählte das Bundeskriminalamt 4 Morde, 8 Mordversuche und 20 versuchte oder vollendete Sprengstoffanschläge, die Gegner des jugoslawischen Staatschefs Josip Broz Tito in der Bundesrepublik verübten. Umgekehrt schickte Tito Killerkommandos in den Westen, um Separatisten zu bekämpfen. Die Hintergründe der Gewalttaten wurden selten aufgeklärt.

Der Tote aus der Klosterschänke und die anderen Opfer stehen für ein blutiges Kapitel in den Beziehungen zwischen Westdeutschland und Jugoslawien, zwei Staaten, die sich eigentlich gut verstanden. Möglicherweise zu gut.

Spannungen auf dem Balkan gab es schon damals, sie waren nur nach außen

nicht so leicht zu erkennen, weil Tito seinen Vielvölkerstaat mit strenger Hand zusammenhielt. Zugleich war Jugoslawien ein wichtiger Partner für die Bonner Republik als Mittler zwischen Ost und West zu Beginn der Entspannungspolitik.

Nicht ins Bild passte dabei, dass innerjugoslawische Konflikte auf westdeutschem Boden ausgetragen wurden. Weder Bonn noch Belgrad mochten um die vielen Attentate und Morde großes Aufheben machen. Bis heute wurde dieses schmutzige Kapitel in den Beziehungen beider Staaten nicht richtig aufgearbeitet.

Das kommunistische Jugoslawien ist Vergangenheit, und die Akteure von einst sind im Ruhestand oder tot. Doch nun beschäftigen die alten Verbrechen erneut die deutsche Justiz. Seit fast einem Jahr verhandelt das Oberlandesgericht München gegen zwei jugoslawische Geheimdienstoffiziere. Sie sollen 1983 die Ermordung eines kroatischen Managers und Dissidenten im bayerischen Wolfratshausen ange-

ordnet und vorbereitet haben. Die beiden bestreiten jegliche Verwicklung in den Mord.

Der Prozess berührt einen heiklen politischen Punkt: Die Bundesregierung übersah damals offenbar bewusst jugoslawische Verbrechen in Westdeutschland – um die guten Beziehungen zu Belgrad nicht zu belasten.

Am 8. Oktober erreicht das Verfahren endgültig die Politik. Nach kroatischen Dissidenten, ehemaligen Geheimdienstoffizieren und deutschen Verfassungsschützern sind als Zeugen zwei ehemalige Bundesminister geladen: Klaus von Dohnanyi, 87, SPD, und Gerhart Baum, 82, FDP. Beide machten als Staatssekretäre und Minister unter den Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt Karriere. Ihre Aussagen sollen das politische Umfeld der Gewalttaten erhellen.

Dieses Umfeld war grundsätzlich freundlich gestimmt: Brandt und Tito demonstrierten Anfang der Siebzigerjahre auf gemeinsamen Bootstouren vor der Dalmatinischen Küste lieber Harmonie, als sich mit politischen Attentaten zu befassen. Für Titos „dritten Weg“ zum Sozialismus konnten sich auch SPD-Genossen begeistern. Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Korruption in Titos angeblichem Arbeiterparadies wurden schnell als rechte Propaganda abgetan.

Unerbittlich ging das kommunistische Regime in Belgrad gegen kroatische Separatisten vor, die den Vielvölkerstaat am liebsten zerbomben wollten und sich nach der Wiedergeburt eines eigenen Staates sehnten, wie er während des Zweiten Weltkriegs unter deutscher Besatzung existiert hatte. Viele flohen in die Bundesrepublik – und arbeiteten dort weiter an ihrem Ziel. Mit ihnen verlagerte sich der Konflikt nach Deutschland, den militanten Separatisten folgten bald Titos Geheimagenten – mit dem Auftrag, die Regimefeinde zu ermorden.

Die Bundesregierung reagierte auffallend nachsichtig. Jugoslawische Agenten, die bei der Vorbereitung von Mordmissionen in Westdeutschland ertappt wurden, mussten allenfalls mit Ausweisung und Aufenthaltsverbot auf Lebenszeit rechnen.

Das belegt eine klandestine Aktion, an der einer der jetzt in München Angeklagten vor 38 Jahren als junger Agent beteiligt war: Am 21. November 1977 flog Josip Per-

ković mit seinem Geheimdienstkollegen Ilija Svilar von Zagreb nach Frankfurt; sie waren als Privatleute getarnt und hatten 2000 Mark Bargeld im Gepäck. Angeblich, um Teile einer Heizungsanlage für Svilar's Privathaus zu kaufen. In Wahrheit war der Ausflug wohl eine Dienstreise. Mit den Devisen sollte offenbar die Ermordung von zwei mutmaßlichen kroatischen Attentätern vorbereitet werden.

Trotz professioneller Unterstützung durch die Zentrale in Zagreb scheiterte die Mission auf ganzer Linie. Keine 24 Stunden nach ihrer Ankunft in Frankfurt wurden die beiden als Agenten des jugoslawi-

komplotts gegen zwei kroatische Emigranten vor.

Fehlten gerichtsfeste Beweise? Oder gab es übergeordnete politische Gründe? Die Bundesanwaltschaft jedenfalls verzichtete darauf, Anklage zu erheben. Nach fünf Monaten wurde Svilar aus der Untersuchungshaft entlassen. Ein Staatsanwalt und ein BKA-Beamter eskortierten ihn zum Frankfurter Flughafen und wichen nicht von seiner Seite, bis er in einer Maschine nach Zagreb saß.

Nach seiner Rückkehr wusste der Agent seinen Vorgesetzten Bemerkenswertes zu berichten: Ein BKA-Beamter habe ihm gesagt, die jugoslawische Regierung habe sich in Bonn dafür eingesetzt, „dass dieser Fall nicht vor Gericht breitgetreten, sondern auf anderem Weg erledigt werde“. Und so war es ja auch gekommen: Mit Svilar's Abreise aus Deutschland schien die Affäre geräuschlos beendet.

Aber so leicht ließen sich die Probleme mit den in die Bundesrepublik geflohenen Separatisten nicht lösen. Die Exilkroaten-Szene sei von „fanatischen Einzelpersonen“ dominiert, heißt es in einem internen Lagebericht der Bundesregierung aus jener Zeit. Ihnen sei jedes Mittel recht, den verhassten Tito-Kommunismus zu beseitigen: Anschläge auf jugoslawische Einrichtungen in Westdeutschland, Attentate auf Botschaftsangehörige sowie wirkliche oder vermeintliche Spitzel der jugoslawischen Geheimdienste.

Aus Bonner Sicht bildeten die kroatischen Emigranten einen Hort des Terrorismus, der genauso bekämpft werden müsse wie die RAF. „Terroristen bleiben Terroristen, gegen wen sie sich auch wenden mögen“, sagte Helmut Schmidt am 21. September 1978 vor dem Bundestag. Deutschland sei es „befreundeten Staaten wie Jugoslawien in besonderem Maße schuldig“, dafür zu sorgen, dass es nicht „zur Ausgangsbasis von Aktionen werden kann, die die Integrität anderer Staaten infrage stellen“.

In diesem Geiste schlossen Bonn und Belgrad sogar ein Auslieferungsabkommen. Es war eines dieser internationalen Geschäfte, bei denen eine demokratische Regierung sich schnell beschmutzen kann.

So ging es der Bundesregierung, als Jugoslawien im Mai 1978 die Auslieferung



Politiker Brandt, Tito 1973: Auffallend nachsichtig



Trauerzug für ermordeten Exilkroaten\*: Fruchtllose Ermittlungen

schens Geheimdienstes enttarnt. Bei der Geldübergabe an einen Mittelsmann in einer Ludwigshafener Einkaufspassage schlug das Bundeskriminalamt (BKA) zu – der Mittelsmann hatte die Behörde als Doppelagent informiert.

Perković, der etwas abseitsstand, konnte entkommen und noch in derselben Nacht mit dem Zug das Land verlassen. Svilar wurde festgenommen, die Ermittler warfen ihm die Vorbereitung eines Mord-

\* Am 5. August 1983 auf dem Münchner Waldfriedhof.

eines Exilkroaten beantragte, der seit 1958 in Westdeutschland lebte: Stjepan Bilandžić hatte zu jener Zeit bereits drei Jahre in einem deutschen Gefängnis hinter sich, weil er 1962 einen Sprengstoffanschlag auf die jugoslawische Vertretung in Bonn-Mehlem verübt hatte. 1974 soll er Waffen für Anschläge in Jugoslawien besorgt haben.

Allerdings wäre Bilandžić erst wenige Monate zuvor fast jenem jugoslawischen Killerkommando zum Opfer gefallen, das der nun in München angeklagte Perković finanzieren sollte. Zum Anschlag kam es nicht, weil deutsche Behörden rechtzeitig davon erfahren hatten. Durfte man diesen Mann guten Gewissens an Tito ausliefern?

Was die Angelegenheit zusätzlich erschwerte: Die jugoslawischen Behörden hatten gerade vier RAF-Terroristen festgenommen, die der Generalbundesanwalt in der Bundesrepublik anklagen wollte. Ohne Entgegenkommen in der Sache Bilandžić, so mutmaßten Bonner Regierungsbeamte, sei die Auslieferung der RAF-Terroristen unwahrscheinlich. Bilandžić wurde vorsorglich in Auslieferungshaft genommen. Doch der Handel scheiterte: Es gab nicht genug Gründe für eine Auslieferung des

### **„Konkreter Verdacht, dass offizielle jugoslawische Stellen an den Straftaten beteiligt sind“**

Exilkroaten. Am 13. September 1978 unterrichtete das Auswärtige Amt den jugoslawischen Botschafter über die Ablehnung des Belgrader Auslieferungsgesuchs.

Vier Wochen später ließen die jugoslawischen Behörden die auf dem Balkan festgesetzten RAF-Mitglieder frei. Diese reisten von Belgrad in den Südjemen aus. Auch Bilandžić kam wieder auf freien Fuß und agitierte von Deutschland aus gegen Titos „Verbrecherstaat“ – heftiger und leidenschaftlicher denn je.

Kurz darauf intervenierte die jugoslawische Regierung beim deutschen Botschafter: „Man habe in Belgrad den Eindruck, dass Bilandžić jetzt noch freier als früher politisch agieren könne“, kabletten die deutschen Diplomaten in Belgrad besorgt ans Auswärtige Amt. Dies hinterlasse „sehr nachhaltige Spuren auf das deutsch-jugoslawische Verhältnis“.

Wie ferne Auswirkungen eines Bebens sollten die Spannungen auf dem Balkan die Bundesregierung noch jahrelang beschäftigen. Selbst als Tito 87-jährig im Mai 1980 starb, änderte sich daran wenig. Argwöhnisch belauerten und bekämpften sich Separatisten und Agenten des Regimes weiterhin auf deutschem Boden. Es wurde sogar noch schlimmer. Kurz vor und nach

Titos Tod, in den Jahren 1979 bis 1982, gab es in Deutschland noch einmal sechs Morde und zwei Mordversuche an Regimegegnern. Bei den Fällen bestehe der „konkrete Verdacht“, dass „offizielle jugoslawische Stellen an den Straftaten beteiligt sind“, hieß es in einem vertraulichen Bericht des Bundesjustizministeriums.

Erneut musste sich der deutsche Regierungschef einschalten: 1981 nutzte Helmut Schmidt den Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten Veselin Duranović in Bonn, um das leidige Geheimdienstthema anzusprechen. Allerdings mit diplomatischer Zurückhaltung und gewissem Verständnis für die komplizierte Situation nach Titos Tod.

Eine politische Führung sei nun mal „nicht immer über alle Aktivitäten der Dienste unterrichtet“, sagte Schmidt einfühlend. Konkrete Hinweise auf staatliche Belgrader Mordkommandos, die seine deutschen Geheimdienste zusammengetragen hatten, sprach er nicht an.

Die Regierungschefs verstanden sich bestens. Ministerpräsident Duranović beteuerte, dass das zuständige Sicherheitsgremium in Belgrad „nie seine Genehmigung zu solchen Aktivitäten geben würde“. Dann war dieses Thema abgehakt.

Erst mit dem Prozess in München begann im vergangenen Jahr eine ernsthafte juristische Aufarbeitung jener Tötungsdelikte, bei denen ein „staatsterroristischer Hintergrund“ naheliegt, wie es in der aktuellen Anklageschrift der Bundesanwaltschaft heißt.

Jahrelange fruchtlose Ermittlungen waren dem Prozess vorausgegangen. Schließlich kamen die Fahnder durch die Aussage eines dubiosen Doppelagenten auf die Spur von Josip Perković. Jenes Geheimagenten, der einst mit 2000 Mark im Gepäck nach Frankfurt geflogen und nach dem Scheitern der Geldübergabe sofort wieder aus dem Land verschwunden war.

Schon 2005 fühlten die Beamten sich sicher genug, um Perković zur internationalen Fahndung auszuschreiben – wegen des Verdachts der Beihilfe zum Mord. Doch der Exgeheimdienstmann konnte noch neun Jahre unbehelligt seinen Ruhestand in Kroatien genießen. Selbst als Kroatien 2013 Mitglied der EU wurde und damit europäische Haftbefehle vollstrecken musste, blieb er vor der Auslieferung nach Deutschland verschont. Zagreb hatte noch schnell ein Gesetz beschlossen, wonach nur bei Straftaten ausgeliefert wurde, die nach dem 7. August 2002 begangen wurden. Erst als die EU mit Fördermittelentzug und Sanktionen drohte, lenkte Zagreb ein. Am 24. Januar 2014 wurde Perković der deutschen Justiz überstellt – wenige Tage nachdem die EU-konforme Regelung auch in Kroatien Gesetz war.

Sven Röbel, Andreas Wassermann